

Passivität, sondern der Reflexion auf den Grund menschlicher Freiheit gewinnen. Der Grund der Freiheit könne nur ein „Akt des Freisetzens sein, der uns nicht nur ins Eigene setzt, sondern zur Selbstsetzung ermächtigt.“ Den entscheidenden Schritt weiter führt die Überlegung, daß die Möglichkeit des Gebets an der Offenbarung des Grundes des Seins als Antlitz hängt. Diese ursprüngliche personale Differenz ist aber nie durch eine gedankliche Konstruktion zu erreichen, sondern nur zu erfahren. Die Befreiung des Intellekts zu seinem Ursprung ist die „Geburtsstunde des Geistes des Gebets“.

Kultur und Gesellschaft

KIELMANSEGG, PETER GRAF. **Die demokratische Revolution und die Spielräume politischen Handelns.** In: Merkur Jhg. 36 Heft 12 (Dezember 1982) S. 1150–1163.

Kielmansegg stellt die beiden politischen Systeme einander gegenüber, die sich in den letzten beiden Jahrhunderten herausgebildet haben: den demokratischen Verfassungsstaat und die „totalitäre Demokratie“ bzw. den totalitären Staat sowjetischer Prägung; letzteren Terminus leitet der Autor von da her, daß nicht daran zu zweifeln sei, „daß die Handelnden die Oktoberrevolution als demokratische Revolution begriffen haben“. Was den politischen Handlungsspielraum angeht, so begrenze der demokratische Verfassungsstaat diesen auf dreifache Weise: Er erkennt Autonomien an, er bindet Politik an die Zustimmung der Betroffenen und er unterwirft sein Handeln Verfahrensregeln, die Fairneß im politischen Prozeß gewährleisten sollen.

Diese Prinzipien garantierten aber noch kein stabiles Gleichgewicht, zudem seien die Spielräume durch wirtschaftliche und politische Zwänge zusätzlich eingeengt. Daß der totalitäre Staat um der historischen Aufgabe Willen Autonomien nicht anerkennt und unter Bürgerbeteiligung Dienst an der Sache versteht, dürfe, obwohl man von einer „Umkehrung der Zwecke“ sprechen könne, dennoch nicht als „Einladung zur Selbstzufriedenheit“ verstanden werden.

OKSENBERG, MICHAEL/BUSH, RICHARD. **China's Political Evolution: 1972–82.** In: Problems of Communism Vol. XXXI (September – Oktober 1982) S. 1–19.

Im vergangenen Jahrzehnt durchlief das politische System Chinas einen tiefgreifenden Prozeß des Wandels. Die beiden Autoren gehen davon aus, daß die Stabilität des neuen Systems noch zu beweisen sein wird und stellen die These auf, daß diejenigen Erscheinungsformen der jeweiligen Entwicklung, die am meisten von den jahrhundertalten chinesischen Traditionen abweichen, die kürzeste Lebensdauer haben werden. So hat sich z. B. in jüngster Zeit der Gedanke einer natürlichen hierarchischen Ordnung gegenüber der egalitären Gesellschaft wieder durchgesetzt; Hierarchie ist nicht mehr gleichbedeutend mit Unterdrückung. Anhand einer detaillierten chronologischen und systematischen Darstellung werden die Entwicklungsprozesse der chinesischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft erläutert und analysiert. Einige Punkte werden dabei in den Vordergrund gestellt: Die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung wurde ebenso wie die

Methoden der landwirtschaftlichen Produktion geändert. Das Land wurde dem Außenhandel geöffnet, die Rechtsprechung berechenbarer, ehemalige politische Häftlinge hat man rehabilitiert.

Kirche und Ökumene

DE HALLEUX, ANDRÉ. **Catholicisme et orthodoxie.** Une étape dans le dialogue. In: Revue théologique de Louvain Jhg. 13 Heft 3 (1982) S. 329–337.

Der Löwener Theologe, Mitglied der katholisch-orthodoxen Kommission für den offiziellen theologischen Dialog gibt einen interessanten Rückblick auf die Vollversammlung der Kommission in München, die von einer „Atmosphäre großer brüderlicher Sympathie“ geprägt gewesen sei, und analysiert das dabei verabschiedete Dokument. Er nennt kritische Einwände, die in München gegen den Text vorgebracht wurden: er vertrete eine einseitige eucharistische Ekklesiologie, habe eine zu theologisch-abstrakte Sicht der Kirche und es fehle ihm an Präzision. Die Schwierigkeit, eine gemeinsame Sprache zu finden, habe sich daran gezeigt, daß Orthodoxe den Text zu „katholisch“, Katholiken als zu sehr von der östlichen Sprachtradition geprägt empfunden hätten. De Halleux stellt Fragen an die beiden Einheitskonzeptionen, die der Text vertritt (Einheit der Kirche an der Trinität bzw. am eucharistischen Brotbrechen her verstanden). Im Blick auf die Aussagen zur Theologie des Episkopats merkt er kritisch an, die erreichte Gemeinsamkeit zwischen Orthodoxen und Katholiken dürfe nicht auf Kosten des Dialogs mit den reformatorischen Kirchen gehen.

Personen

Heftigen Widerspruch beim Geschäftsführenden Ausschuß des Zentralkomitees der deutschen Katholiken hat ein Zeitungsinterview von Heiner Geißler ausgelöst, in dem sich der Generalsekretär der CDU und neue Familienminister gegen eine Aufhebung der gegenwärtig gesetzlich vorgesehenen Finanzierung einer aufgrund der Notlagenindikation zustande gekommenen Abtreibung durch die Krankenkassen mit dem Argument aussprach, es gelte zunächst, soziale Notlagen zu beheben, um dadurch Abtreibungen nach sozialen Indikationen überflüssig zu machen. Der Geschäftsführende Ausschuß des Zentralkomitees stellte dazu fest, es sei „eines Rechtsstaates unwürdig, den Rechtsschutz erst dann zu gewähren, wenn bestimmte sozialpolitische Maßnahmen erfolgreich sind“. Auch innerhalb der eigenen CDU/CSU-Fraktion stieß die Äußerung Geißlers auf nachdrückliche Kritik.

Ende November ernannte Johannes Paul II. erwartungsgemäß den bisherigen Generalpräsidenten *Alvaro de Portillo* (64) zum Prälaten des im August zur Personalprälatur erhobenen Opus Dei. Gleichzeitig wurde in Rom die Erklärung der Bischofskongregation über die Erhebung zur Personalprälatur veröffentlicht (vgl. „Osservatore Romano“, 28. 11. 82). Diese deckt sich mit der im August mit der Bekanntgabe der päpstlichen Entscheidung bekanntgewordenen (vgl. HK, Oktober 1982, 472 f.). Die damals mit einiger Verwunderung zur Kenntnis genommene Verschiebung der Veröffentlichung hat also an der Sachlage nichts geändert.

In Rom wurde *Ivanov Antonov*, ein 35jähriger Angestellter der bulgarischen Luftfahrtgesellschaft, wegen Verdachts der Mittäterschaft beim Attentat des Türken *Ali Agca* am 13. Mai 1981 auf den Papst

festgenommen. Wenige Wochen vorher war in der Bundesrepublik der Türke *Musa Cadar Celebi*, ebenfalls wegen des Verdachts der Komplizenschaft beim Papstatentat, festgenommen worden. In Rom wird von der Verwicklung weiterer Personen türkischer und bulgarischer Nationalität in das Attentat gesprochen. Der Verdacht, *Agca* habe nicht als einzelner gehandelt und das Attentat habe politische Hintergründe, wurde damit erhärtet.

Der neue Vorsitzende der Mexikanischen Bischofskonferenz *Sergio Obeso Rivera*, Erzbischof von Jalapa, kündigte nach seiner Wahl an, er werde sich um die staatliche Anerkennung der katholischen Kirche als Religionsgemeinschaft bemühen, die der Kirche nach der Revolution (1928) aberkannt wurde und die ihr von der seither regierenden Staatspartei „Partido Revolucionario Institucional“ verweigert wird.